

Pfaffenhofener

Erklärung

Energiewende atomkraftfreies

Schwaben e.V.

Raimund Kamm, Luitpoldstr. 26, 86157
Augsburg T.: 0821-541573 (F -541946)

AUSSTIEG.DOC Seit.: 4 20.6.98

Im Wahljahr '98 die Energiewende erkämpfen

Wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie!

Wir wollen den Umstieg in die Vermeidungs-, Effizienz- und Solarwirtschaft!

1. Energiepolitische Situation

Auch in 1997, dem 52. Jahr nach Hiroshima, dem 18. Jahr nach Harrisburg und dem 11. Jahr nach Tschernobyl, wuchs unser Stromverbrauch. So stieg der Nettostromverbrauch Bayerns von 54 Milliarden Kilowattstunden in 1985 auf 67,1 Milliarden kWh (+ 24 Prozent) in 1996. Allein der Zuwachs seit Tschernobyl ist größer als die Jahresstromproduktion eines großen Atomreaktors.

2. Durch unsere Art der Energienutzung und Stromerzeugung sind wir Spitzenreiter der Umweltbelastung

Gerade auch in Bayern wächst ständig der Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid. Die unverantwortlichste aber unsichtbare Belastung der Umwelt geschieht durch die tagtägliche Produktion von höchststrahlendem und extrem gefährlichem Atom-müll. Von den 19 in Deutschland laufenden Atommeilern arbeiten 5 in Bayern. Jeden Tag, an dem ein Reaktor läuft, produziert er neben dem vielen Strom je nach Größe rund 60 - 90 Kilogramm höchststrahlenden Brennelementemüll, darin enthalten rund ein Prozent Plutonium. In Bayern entstehen so Tag für Tag ca. 400 Kilogramm Atom-müll, darin etwa vier Kilogramm Plutonium. Dieser Abfall gefährdet die Menschheit und alles Leben für Jahrhunderttausende! Weltweit ist keine Lösung des Atom-müllproblems in Sicht.

3. Atomenergie ist teuer, bisher politisch gewollt und verletzt unser Grundrecht auf Leben und Gesundheit

Mit bis heute schätzungsweise über 70 Milliarden Mark wurde die Entwicklung der Kernenergie aus Steuergeldern subventioniert. Auch als Stromkunden haben wir unfreiwillig die Milliardenfehlinvestitionen in Kalkar, Wackersdorf, Mülheim-Kärlich, Hamm-Uentrop und Niederaichbach bezahlen müssen. Und immer noch wird verdeckt die Atomwirtschaft gefördert. Neben vielen Forschungsarbeiten in staatlichen Wissenschaftszentren (Jülich, Karlsruhe, Garching) ist besonders gravierend, daß der Staat den Atomkraftwerken den größten Teil der Haftpflicht abnimmt.

Eine dem Risiko (Wahrscheinlichkeit mal Schadensgröße) entsprechende privatwirtschaftliche Versicherung würde den deutschen AKW-Betreibern jährlich Milliarden an Versicherungsprämien kosten. Die Privatisierung dieser Haftpflichtabsicherung ist überfällig!

Die Atomkraftwerke beanspruchen viele staatliche Dienstleistungen (politische Propaganda, Polizei, Katastrophenschutzzüge usw.). Sie sind nicht die private Angelegenheit eines Unternehmens sondern ein Risikounternehmen, das die ganze Gesellschaft tief beeinträchtigt. Deswegen muß das Energiesystem genauso wie das Wirtschaftssystem politisch verantwortet werden.

Eine bewußte politische Entscheidung ist erforderlich. In einer Demokratie geschieht dies durch Wahlen und Abstimmungen. Jedoch ist es unserer Meinung nach klar: Die Nutzung der Atomenergie verletzt Grundrechte von uns, die in der Verfassung garantiert und unverhandelbar sind! Durch den landschaftsvergiftenden Uranabbau, die umweltbelastende Spaltstoffherstellung, den umweltgefährdenden Betrieb der AKWs und insbesondere die schreckliche Atommüllbeseitigung wird das Grundrecht auf Leben und Gesundheit angegriffen!

4. Wir wollen den Ausstieg und fordern ihn mit Blick auf die Wahlen im Herbst '98

Die 1996 vorhandenen Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland betrugen 122 Gigawatt (= 122 000 Megawatt). Die zugehörigen Kraftwerke verteilten sich nach Energietypen auf: 32,1 GW Steinkohle, 24 GW Atomenergie, 22,3 GW Braunkohle, 22,1 GW Gas, 10 GW Öl, 9 GW Wasserkraft und 2,1 GW sonstige. Rechnerisch wäre auch zum Zeitpunkt des höchsten Stromverbrauchs (kalter Tag im Dez. 97 mit 73 GW) Deutschlands Strombedarf ohne Atomenergie und natürlich ohne Stromimporte zu decken gewesen.

Kurzfristig würde dies allerdings die CO₂-Emissionen steigern. Dem muß insbesondere durch Einsparungen im Verkehrsbereich (Tempolimit, Benzinpreiserhöhung im Rahmen

der *Ökologisch Sozialen Steuerreform* → 3-l-Auto) und mittels Wärmedämmung, Kraft-Wärme-Koppelung und Ausbau der erneuerbaren Energie entgegengewirkt werden.

Konkrete Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung:

- Einstieg in eine umfassende, aufkommensneutrale *Ökologisch Soziale Steuerreform*, mit der der Energieverbrauch verursachergerecht besteuert und die bezahlte Arbeit von unnötigen staatlichen Abgaben befreit wird. Dies macht manche Arbeit wieder bezahlbar und dafür umweltvergiftende Kraftwerke arbeitslos
- Sofortige Privatisierung der Haftpflicht von AKWs
- Keine Lagerung fremden Atom Mülls gegen den Willen der betroffenen Bundesländer.
- Sofortige Beendigung der umweltverseuchenden und waffentaugliches Plutonium produzierenden "Wiederaufbereitung" deutschen Atom Mülls im französischen La Hague und im englischen Sellafield
- Kurzfristige Ausarbeitung eines Programms zur Energieeinsparung von mindestens 25 Prozent und zur zügigen Ausweitung der erneuerbaren Energien
- **Einbringen eines AUSSTIEGSGESETZES, mit dem planvoll und schnellstmöglich der Ausstieg aus der unverantwortbaren Atomenergie und der Umstieg in eine Verantwortbare Energiepolitik, die auf Vermeiden, Effizienz und Solar setzt, durchgeführt wird.**

Uns ist bewußt, CDU/CSU/FDP stehen zur Atomenergie und egal wer die Mehrheit im kommenden Bundestag haben wird, eine ernsthafte Ausstiegspolitik wird es nur geben, wenn starke gesellschaftliche Kräfte dies fordern. Motor wollen wir UmweltschützerInnen sein!

Vorstand und Beirat des Vereins
Energiewende atomkraftfreies Schwaben

Raimund

Aus dem unteren Zusamtal

Kamm: Nutzung der Atomenergie verletzt garantierte Grundrechte

Am Atomkreuz bei Pfaffenhofen gestern erneut Ausstieg gefordert

Pfaffenhofen (khh). Das Atomkreuz bei Pfaffenhofen war am Sonntag das Ziel von rund 100 Kernkraftgegnern, die aus allen Himmelsrichtungen mit dem Fahrrad kamen. Die Sternfahrt war Schwerpunkt im Programm des von Umweltinitiativen und dem Bund Naturschutz veranstalteten »Energiewendetages«.

Initiator der Sternfahrt nach Pfaffenhofen war der Verein »Energiewende atomkraftfreies Schwaben«. Treffpunkt war Pfaffenhofen deshalb, weil hier nach Meinung der Kernkraftgegner noch immer ein Gelände für den Bau eines Kernkraftwerkes vorgehalten wird.

In Pfaffenhofen forderte der Verein »Energiewende« gestern erneut den Ausstieg aus der Kernenergie. Raimund Kamm, der Vorsitzende des Vereins, stellte in seiner »Pfaffenhofener Erklärung« fest, die Nutzung der Atomenergie verletze in der Verfassung garantierte Grundrechte. Durch den landschaftsvergiftenden Uranabbau, die umweltbelastende Spaltstoffherstellung, den umweltgefährdenden Betrieb der Atomkraftwerke und durch die Atommüllbeseitigung werde das Grundrecht auf Leben und Gesundheit angegriffen.

Von der künftigen Bundesregierung verlangte Kamm unter anderem den Einstieg in eine umfassende ökologisch-soziale Steuerreform,

die Ausarbeitung eines Programmes zur Energieeinsparung von mindestens 25 Prozent und die zügige Ausweitung der erneuerbaren Energien.

Unverantwortbar...

Schnellstmöglich erfolgen sollte laut der Pfaffenhofener Erklärung der Ausstieg aus der »unverantwortbaren Atomenergie« und der Umstieg in eine verantwortbare Energiepolitik, die auf Vermeiden, Effizienz und Solarenergie setzt. Scharf kritisiert wurde von Kamm, daß der Staat den Atomkraftwerken den größten Teil der Haftpflicht abnehme. Eine dem Risiko entsprechende privatwirtschaftliche Versicherung würde den deutschen Kraftwerksbetreibern jährlich Milliarden an Versicherungsprämien kosten. Die Privatisierung dieser Absicherung sei überfällig.

Mit den Castor-Transporten setzte sich Rudi Amannsberger, München, energiepolitischer Mitarbeiter der Grünen-Fraktion im Landtag, auseinander. Er zweifelte mittlerweile, daß »keiner etwas gewußt« habe, sagte er. Eröffnet hatte den Nachmittag Gernot Hartwig namens der Bund-Naturschutz-Ortsgruppe und der Schutzgemeinschaft Donauried. Er lud auch zur Sonnenwendfeier ein.

Wer tinger Zeitung 22.6.98

Atomkraftgegner fordern Ausstieg

„Pfaffenhofener Erklärung“

1. Juni 22/6/98
Pfaffenhofen (khh). Rund 100 Kernkraftgegner forderten gestern im schwäbischen Pfaffenhofen (Landkreis Dillingen) eine Abkehr von der Atomenergie. Der frühere Grünen-Landtagsabgeordnete Raimund Kamm, Vorsitzender des Vereins »Energiewende atomkraftfreies Schwaben«, mahnte in seiner »Pfaffenhofener Erklärung« zum schnellen Ausstieg. Von einer neuen Bundesregierung verlangte Kamm den Einstieg in eine umfassende ökologisch-soziale Steuerreform, die Ausarbeitung eines Programmes zur Energie-Einsparung von mindestens 25 Prozent und die zügige Ausweitung von erneuerbaren Energien. Kritisiert wurde, daß der Staat den Betreibern von Atomkraftwerken den größten Teil der Haftpflicht abnehme. Die Privatisierung dieser Absicherung sei überfällig.

Augsburger/Schwaben
ern 22.6.98

Atomkraftgegner fordern Ausstieg

„Pfaffenhofener Erklärung“

Pfaffenhofen (khh). Rund 100 Kernkraftgegner forderten gestern im schwäbischen Pfaffenhofen (Landkreis Dillingen) eine Abkehr von der Atomenergie. Der frühere Grünen-Landtagsabgeordnete Raimund Kamm, Vorsitzender des Vereins »Energiewende atomkraftfreies Schwaben«, mahnte in seiner »Pfaffenhofener Erklärung« zum schnellen Ausstieg. Von einer neuen Bundesregierung verlangte Kamm den Einstieg in eine umfassende ökologisch-soziale Steuerreform, die Ausarbeitung eines Programmes zur Energie-Einsparung von mindestens 25 Prozent und die zügige Ausweitung von erneuerbaren Energien. Kritisiert wurde, daß der Staat den Betreibern von Atomkraftwerken den größten Teil der Haftpflicht abnehme. Die Privatisierung dieser Absicherung sei überfällig.

Liebe Grüße